



Was wollen denn diese Grünen eigentlich?

Teil 2: Sozialpolitik

Alle Menschen, unabhängig von ihrer Situation sollen Anspruch auf ein Einkommen haben, das ihnen ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht. Dieses **Existenzminimum** steht allem Menschen zu.

Der Grundsatz, der **Besteuerung nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten** der Besteuernten ist umzusetzen. Die Erbschaftsteuer ist beizubehalten, die Besteuerung auf dem Vermögen muss gerechter werden.

Wir sind für ein **flexibles Rentenalter** ab 60 (mindestens für gewisse besonders belastende Tätigkeiten), die **Reduktion der Jahresarbeitszeit** ist ein wichtiges Element für die Emanzipation der Menschen. Eine echte **Mutterschaftsversicherung**, sowie **Eltern- und Bildungsurlaube** sind in unseren Visionen ebenfalls enthalten.

angefasst. Drogensüchtigen wird der Fahrausweis oft auf unbestimmte Zeit entzogen. Die strenge Praxis erfolgt meines Erachtens zu recht. In einem typischen Beispiel fuhr ein Süchtiger, trotz Fahrausweisentzug in voller Geschwindigkeit am helllichten Tag ungebremst auf eine stehende Kolonne auf. Gegen Rausch am Steuer helfen vor allem häufigere Verkehrskontrollen. Ein Blaufahrer bemerkte gegenüber dem Gericht schon fast anklagend, dass man ja kaum mehr betrunken herumfahren könne, weil die Kontrollen heute häufiger erfolgen. Dennoch, die meisten Blaufahrer stehen nach einem Unfall vor Gericht. Nicht immer einsichtig: „**Er fahre auch betrunken noch besser als 80% der nüchternen Autofahrer,**“ meinte letzthin ein trotziger Bursche, nachdem er in kurzer Zeit zweimal sein Auto in den Zaun gesetzt hatte. Zum Glück hatte er zum zweiten mal seinen Schutzengel dabei: Niemand wurde verletzt.

**Telekommunikation ein unerlässliche Werkzeug im Drogenhandel. Der Deal wird meist per Telefon von Telefonzelle aufs Handy mit Prepaid-Karte arrangiert.**

## Ablehnung des Gemeindeparlamentes

von Urs Oberholzer

Nach intensiver Auseinandersetzung an mehreren Sitzungen hat das GRÜNE FORUM ROMANSHORN entschieden, die Gemeindeversammlung der Einführung eines Gemeindeparlamentes mit 20 Mitgliedern vorzuziehen. Unsere Gründe:

**1. Wir sind entschieden der Meinung, dass im Verfahren ein Fehler gemacht wird: vor einigen Jahren erst wurde das "Regierungssystem" strukturell verändert mit der Einführung des Ressortsystems. Nun will man wieder einen strukturellen Systemwechsel vornehmen, ohne den vorherigen Schritt gründlich evaluiert zu haben!**

**Wir fordern deshalb, dass dieser Schritt noch gemacht wird und das Ressortsystem einer objektiven Analyse unterzogen wird.** Die Resultate können die Frage nach der Einführung eines Gemeindeparlamentes entscheidend beeinflussen.

**2. Wir lehnen die Reduktion des Gemeinderates auf sieben Mitglieder ab.** Begründung: Der Gemeinderat ist verantwortlich für die politische Führung der Gemeinde. Also muss auf dieser Ebene die politische Auseinandersetzung mit den Sachgeschäften im Sinne von strategischer Führung stattfinden. Dies wiederum erfordert eine Zusammensetzung des Gemeinderates, welche möglichst die gesamte Bevölkerung widerspiegelt. Sieben Mitglieder können das entschieden nicht gewährleisten! Mit einem kleineren Gemeinderat riskieren wir, dass die Interessen und Meinungen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht ausgewogen respektiert werden. Zudem ist zu bedenken, dass eine Reduktion der Anzahl Gemeinderäte in Richtung **Teilpensen** läuft. Dies wiederum würde einen mas-

siven **Kostenschub** auslösen.

**3. Es ist unsinnig, wenn zwei Gremien politische Führung ausüben!** In einer Gemeinde in der Grösse von Romanshorn macht es keinen Sinn, wenn auf zwei Ebenen politische Führung angesiedelt wird. Was für Frauenfeld und Kreuzlingen richtig ist, muss nicht zwingend auch für Romanshorn gut sein.

**4. Hoher finanzieller Aufwand!** Bei relativ hohen Mehrkosten, die durch den Parlamentsbetrieb entstünden, ist ein effektiver Mehrnutzen nicht garantiert. Die Schätzungen für die zu erwartenden Kosten (ca. 1,5 Steuerprozent) müssten zudem realistischerweise nach oben korrigiert werden.

**5. Grosse Rekrutierungsschwierigkeiten!** Erfahrungen aus dem politischen Alltag, aus dem Vereinsleben usw. zeigen, dass es schwierig ist, geeignete Personen für ein politisches Amt zu gewinnen.

**6. Zusammensetzung ist nicht repräsentativ!** Ein Gemeindeparlament wieder spiegelt nie die ausgewogene Zusammensetzung der Bevölkerung bezüglich Geschlecht, Beruf, Alter und Einkommensverhältnissen im Gegensatz zur Gemeindeversammlung, die allen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern offen steht.